

Satzung
des Landkreises Ammerland
über die Regelung des Anschluss- und Benutzungszwanges
bei der Abfallentsorgung

Aufgrund der §§ 7 und 9 der Niedersächsischen Landkreisordnung (NLO) in der Fassung vom 30.10.2006 (Nds. GVBl. S. 510) in Verbindung mit § 11 Abs. 1 des Niedersächsischen Abfallgesetzes (NAbfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.2003 (Nds. GVBl. S. 273), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 09.05.2008 (Nds. GVBL. S. 127), hat der Kreistag des Landkreises Ammerland in seiner Sitzung am 25.06.2008 folgende Satzung beschlossen:

- § 1 Grundsatz
- § 2 Mitwirkung der Gemeinden und Gebührenerhebung
- § 3 Umfang der Entsorgungspflicht
- § 4 Anschluss- und Benutzungszwang
- § 5 Abfallberatung
- § 6 Abfalltrennung
- § 7 Kompostierbare Abfälle
- § 8 Altpapier
- § 9 Altglas
- § 10 Altmetall
- § 11 Silagefolien und Kunststofftüten
- § 12 Altholz
- § 13 Bauabfälle
- § 14 Problemabfälle aus Privathaushalten
- § 15 Kühl- und Gefriergeräte
- § 16 Kleinmengen gefährlicher Abfälle (Sonderabfallkleinmengen)
- § 17 Elektro- und Elektronikgeräte
- § 18 Sperrmüll
- § 19 Sonstiger Hausmüll, hausmüllähnlicher Gewerbeabfall (Restabfall)
- § 20 Zugelassene Abfallbehälter
- § 21 Benutzung der Abfallbehälter
- § 22 Modellversuche
- § 23 Recyclinghöfe
- § 24 Anzeige-, Auskunfts- und Duldungspflichten
- § 25 Anlieferung zu den Abfallentsorgungsanlagen
- § 26 Entfallen
- § 27 Ordnungswidrigkeiten
- § 28 Inkrafttreten

§ 1 Grundsatz

- (1) Als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger entsorgt der Landkreis die in seinem Gebiet angefallenen und überlassenen Abfälle nach den Vorschriften des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW/AbfG) sowie des Nieders. Abfallgesetzes (NAbfG) nach Maßgabe dieser Satzung.
- (2) Der Landkreis betreibt die Abfallentsorgung als öffentliche Einrichtung in Form eines Eigenbetriebes unter der Bezeichnung 'Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Ammerland'. Er kann sich dabei ganz oder teilweise Dritter bedienen.
- (3) Die öffentliche Einrichtung besteht aus folgenden wesentlichen Teilen :
 - Zentraldeponie Mansie II (Betriebsphase), Deponie Mansie I (Nachsorgephase), Altdeponie Hahn-Lehmden (Nachsorgephase)
 - Sammelstelle für Elektro- und Elektronikaltgeräte Mansie
 - Mechanische Abfallbehandlungsanlage Mansie
 - Mechanisch-Biologische Abfallbehandlungsanlage Großefehn, Landkreis Aurich
 - Müllheizkraftwerk Bremen der Abfallbehandlung Nord GmbH
 - Sekundär-Brennstoff-Aufbereitungsanlage (SBA) Bremen der Abfallbehandlung Nord GmbH
 - Brennstoffaufbereitungsanlage (BAA) der Gesellschaft für Materialkreislauf- und Abfallwirtschaft mbH & Co. KG Wangerland, Wiefels
 - Kompostierungsanlage Mansie der EWE AG
 - 5 Recyclinghöfen in den kreisangehörigen Gemeinden Apen, Edeweicht, Bad Zwischenahn, Rastede, Wiefelstede
sowie aller zur Erfüllung der in Abs. 1 beschriebenen Aufgaben notwendigen Sachen und Personen beim Landkreis und dessen Beauftragten.

§ 2 Mitwirkung der Gemeinden und Gebührenerhebung

- (1) Die Gemeinden leisten dem Landkreis Ammerland Verwaltungshilfe bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach dieser Satzung.
- (2) Öffentliche Bekanntmachungen und Hinweise erfolgen durch den Landkreis Ammerland. Örtlich begrenzte Hinweise werden nach Abstimmung mit dem Landkreis Ammerland von den Gemeinden veröffentlicht.
- (3) Für die Inanspruchnahme der öffentlichen Einrichtung Abfallentsorgung erhebt der Landkreis zu Deckung der Kosten Gebühren nach Maßgabe einer besonderen Satzung.
- (4) Die Gemeinden setzen nach Maßgabe der Abfallgebührensatzung des Landkreises in dessen Auftrag die für die Abfallentsorgung zu erhebenden Benutzungsgebühren fest und ziehen sie für diesen ein.
- (5) Die Kasse der jeweiligen Gemeinde ist Vollstreckungsbehörde.

§ 3 Umfang der Entsorgungspflicht

- (1) Die Abfallentsorgung umfasst die Abfallverwertung im Sinne der §§ 4 bis 7 des KrW/AbfG

und die Abfallbeseitigung nach Maßgabe der §§ 10 bis 12 des KrW/AbfG sowie alle hierzu erforderlichen Maßnahmen. Die Abfallberatung nach § 5 ist Teil der Abfallentsorgung.

- (2) Die Abfallentsorgung erfasst alle angefallenen und zu überlassenen Abfälle aus privaten Haushaltungen und die angefallenen und zu überlassenen Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen. Dazu gehören auch die verbotswidrig lagernden Abfälle gemäß § 10 Abs. 1 NAbfG, soweit sie nach Art und Menge den in privaten Haushaltungen anfallenden Abfällen entsprechen, sowie der in § 15 Abs. 4 KrW/AbfG genannten Kraftfahrzeuge und Anhänger. Darüber hinaus erfasst die Abfallentsorgung auch kompostierfähige Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, soweit sie dem Landkreis in den dafür zugelassenen Abfallbehältern überlassen werden.
- (3) Von der Abfallentsorgung insgesamt sind folgende Abfälle ausgeschlossen :
 1. Absolut ausgeschlossen sind die in Anlage 1 zu dieser Satzung aufgeführten Abfallarten;
 2. Daneben sind die in Anlage 2 zu dieser Satzung genannten Abfälle ausgeschlossen, sofern nicht das staatliche Gewerbeaufsichtsamt Oldenburg im Einzelfall die Entsorgung durch den Landkreis zugelassen hat. Abfallerzeuger und –besitzer dieser Abfallarten sind verpflichtet, entsprechende Abfallanlieferungen dem Landkreis so frühzeitig anzukündigen, dass bereits am Entstehungsort Proben auf Kosten des Abfallerzeugers oder –besitzers genommen werden können;
 3. Altfahrzeuge im Sinne von § 2 Abs. 1 der Verordnung über die Überlassung, Rücknahme und umweltverträgliche Entsorgung von Altfahrzeugen (Altfahrzeug-Verordnung), Autoteile und Anhänger, soweit sie nicht unter Abs. 2 Satz 2 fallen;
 4. Abfälle aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, die nicht Abfälle zur Beseitigung sind; Absatz 2 Satz 3 bleibt unberührt;
 5. Abfälle, die der Rücknahmeverpflichtung aufgrund einer nach § 24 KrW/AbfG erlassenen Rechtsverordnung unterliegen, insbesondere Verkaufsverpackungen im Sinne von § 6 der Verordnung über die Vermeidung und Verwertung von Verpackungsabfällen, soweit entsprechende Rücknahmeeinrichtungen tatsächlich zur Verfügung stehen, Transport- und Umverpackungen, soweit sie bei den nach §§ 4 und 5 der Verpackungsverordnung zur Rücknahme Verpflichteten anfallen;
 6. Schadstoffhaltige Batterien, Starterbatterien und sonstige Batterien im Sinne von § 2 Abs. 1 Nr. 2, 3 und 4 der Verordnung über die Rücknahme und Entsorgung gebrauchter Batterien und Akkumulatoren (Batterieverordnung), soweit sie bei den nach §§ 4 und 5 der Batterieverordnung zur Rücknahme Verpflichteten anfallen.
- (4) Vom Einsammeln, Befördern und Behandeln sind ausgeschlossen: Schlammige oder pastöse Abfälle mit nicht ausreichender Festigkeit im Penetrationsversuch. Als Kriterium für die nicht ausreichende Festigkeit gilt die Eindringtiefe des von Niedersächsischen Landesamt für Ökologie entwickelten Prüfstempels im Penetrationsversuch mit einer Eindringtiefe von > 5 mm bei einem Druck von 5 N/cm².
- (5) Gefährliche Abfälle sind insoweit nicht ausgeschlossen, als sie in Haushaltungen entsprechend § 14 oder in einer Menge von insgesamt nicht mehr als 2.000 kg jährlich entsprechend § 16 Abs.1 anfallen.
- (6) Der Landkreis kann in Einzelfällen darüber hinaus mit Zustimmung des Niedersächsischen Umweltministeriums Abfälle von der Entsorgung ganz oder teilweise ausschließen, wenn diese nach ihrer Art und Menge nicht mit den in Haushaltungen anfallenden Abfällen entsorgt werden können.
- (7) Soweit Abfälle nach den Absätzen 3, 4, und 6 von der Abfallentsorgung ausgeschlossen sind, ist der Besitzer zur Entsorgung der Abfälle verpflichtet.

§ 4 Anschluss- und Benutzungszwang

- (1) Die Eigentümer bewohnter, gewerblich genutzter, gemischt genutzter oder bebauter Grundstücke sind verpflichtet, ihre Grundstücke an die öffentliche Abfallentsorgung anzuschließen (Anschlusszwang). Den Grundstückseigentümern stehen Erbbauberechtigte, Wohnungseigentümer, Wohnungserbbauberechtigte, Nießbraucher und sonstige zur Nutzung des Grundstückes dinglich Berechtigte gleich.
- (2) Die Anschlusspflichtigen und andere Abfallbesitzer, insbesondere Mieter und Pächter, sind verpflichtet, die auf dem Grundstück oder sonst bei ihnen anfallenden Abfälle dem Landkreis nach Maßgabe der §§ 6-19 zu überlassen (Benutzungszwang), soweit die Überlassungspflicht gemäß § 13 Abs. 3 KrW/AbfG nicht entfällt.
- (3) Der Landkreis Ammerland kann im Einzelfall auf Antrag den Anschlusspflichtigen oder den Abfallbesitzer vom Benutzungszwang befreien, wenn
 - bei privaten Haushalten nachgewiesen wird, dass der Abfall in eigenen Anlagen auf dem angeschlossenen oder einem in seinem Besitz befindlichem Grundstück ordnungsgemäß und schadlos verwertet wird.
Die Befugnis kann auf die Gemeinden übertragen werden.
 - bei Abfällen zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen nachgewiesen wird, dass die Beseitigung in eigenen Anlagen erfolgt und überwiegend öffentliche Interessen eine Überlassung dieser Abfälle nicht erfordern.
- (4) Der Anschluss- und Benutzungszwang gilt nicht für nach § 3 Abs. 3, 4, 5 oder 6 ausgeschlossene Abfälle und für solche Abfälle, deren Entsorgung außerhalb von Abfallentsorgungsanlagen durch Rechtsverordnung zugelassen ist.
- (5) Grundstück im Sinne dieser Satzung ist ohne Rücksicht auf die Grundbuchbezeichnung jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbständige wirtschaftliche Einheit bildet.

§ 5 Abfallberatung

Damit möglichst wenig Abfall entsteht, berät der Landkreis die Abfallbesitzer sowie die Anschluss- und Benutzungspflichtigen und informiert sie regelmäßig über Möglichkeiten zur Vermeidung und Verwertung von Abfällen sowie über die Verwendung abfallarmer Produkte und Verfahren (Abfallberatung). Der Landkreis kann sich bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe Dritter bedienen.

§ 6 Abfalltrennung

- (1) Der Landkreis führt mit dem Ziel einer Abfallverwertung und Schadstoffminimierung eine getrennte Entsorgung folgender Abfälle durch:
 - 1.) Kompostierbare Abfälle, § 7
 - 2.) Altpapier, § 8
 - 3.) Altglas, § 9
 - 4.) Altmetall, § 10
 - 5.) Silofolien und Kunststofftüten, § 11
 - 6.) Altholz, § 12
 - 7.) Bauabfälle, § 13
 - 8.) Problemabfälle aus Haushaltungen, § 14
 - 9.) Kühl- und Gefriergeräte, § 15
 - 10.) Sonderabfallkleinmengen, § 16
 - 11.) Elektro- und Elektronikgeräte, § 17
 - 12.) Sperrmüll, § 18

13.) Sonstiger Hausmüll, hausmüllähnlicher Gewerbeabfall (Restabfall), § 19

- (2) Jeder Abfallbesitzer hat die in Abs. 1 genannten Abfälle getrennt bereitzuhalten und nach Maßgabe der §§ 7 bis 21 zu überlassen.

§ 7 Kompostierbare Abfälle

- (1) Kompostierbare Abfälle im Sinne von § 6 Abs. 1 Nr. 1 sind bewegliche Sachen nativ-organischen Ursprungs aus Haushaltungen. Dazu gehören z.B. Gemüse-, Obst- und sonstige Speisereste sowie Grünabfälle.
- (2) Kompostierbare Abfälle sind in den nach § 20 zugelassenen Abfallbehältern bereitzustellen. § 4 Abs. 3 bleibt unberührt.
- (3) Kompostierbare Abfälle werden in der Regel 14-tägig im Wechsel mit den Restabfällen abgeholt. Ast- und Strauchwerk aus Haushaltungen wird 3 x jährlich gesondert abgefahren. Die Äste und Sträucher sind zu bündeln (Länge: max. 1,50 m) und werden bis zu einer Menge von max. 3 m³ mitgenommen. Baumstubben werden nicht entsorgt.

8 Altpapier

- (1) Altpapier im Sinne des § 6 Abs. 1 Nr. 2 ist Abfall aus Papier, wie Zeitungen, Zeitschriften, Pappe und andere nicht verschmutzte, ausschließlich aus Papier bestehende, bewegliche Sachen.
- (2) Altpapier ist dem Landkreis an den bekannt gegebenen Abfuhrterminen (4-wöchentliche Abfuhr) in den dafür nach § 20 zugelassenen Abfallbehältern zu überlassen.

Alternativ dazu ist auch eine Eingabe des Altpapiers in die entsprechend gekennzeichneten Depotcontainer auf den Recyclinghöfen der Gemeinden und auf dem Deponiegelände in Mansie während der Öffnungszeiten möglich. In den Gebieten, in denen der Restmüll über eine Sackabfuhr entsorgt wird, weil die Grundstücke wegen nicht ausreichender Erschließung (z.B. Moorgebiete mit gewichtsbeschränkten Straßen oder Wochenendhausgebiete) mit den üblichen Entsorgungsfahrzeugen nicht angefahren werden können, erfolgt anstelle der Behälterabfuhr für das Altpapier eine Bündelsammlung oder alternativ dazu eine Sammlung in Säcken.

- (3) Für Grundstücke, die gewerblich oder landwirtschaftlich genutzt werden, sowie für öffentliche Einrichtungen gilt, dass die hier anfallenden Transport-, Um- und Verkaufsverpackungen aus Papier einer Verwertung zuzuführen sind. Ist eine Abnahme der Wertstoffe nachweislich nicht sicherzustellen, so nimmt der Landkreis die Wertstoffe gegen Gebühr auf der Deponie an. Der Landkreis benennt auf Antrag Einrichtungen, die eine entsprechende Wertstoffentsorgung durchführen.

§ 9 Altglas

- (1) Altglas im Sinne des § 6 Abs. 1 Nr. 3 ist Abfall aus Hohlglas (z.B. Flaschen und Gläser, nicht aber Fenster- und Spiegelglas).
- (2) Altglas ist dem Landkreis an den bekannt gegebenen Sammelstellen durch Eingabe in die entsprechend gekennzeichneten Glascontainer zu überlassen.

§ 10 Altmetall

- (1) Altmetall aus Haushaltungen wird im Holsystem im Rahmen der Sperrgutabfuhr entsorgt. Altmetall im Sinne dieser Satzung sind alle im Haushalt und Garten anfallenden Gegenstände aus Metall (z.B. Wäschepfähle, Fahrräder, Bettgestelle, Zinkbadewannen, Maschendraht (aufgewickelt), Schubkarren, Regalträger u.ä.). Die Altmetalle werden im Abruverfahren entsorgt (siehe § 18 Abs. 1).
- (2) Altmetall aus Haushaltungen kann ebenfalls über die auf der Deponie Mansie und den Recyclinghöfen aufgestellten Container im Bringsystem entsorgt werden.

§ 11 Silagefolien und Kunststofftüten

In der Landwirtschaft anfallende Silagefolien und Kunststofftüten sind einer Verwertung zuzuführen. Ist eine Abnahme dieser Wertstoffe nachweislich nicht sicherzustellen, so werden diese gegen Gebühr auf der Deponie angenommen.

§ 12 Altholz

- (1) Altholz im Sinne des § 6 Abs. 1 Nr. 6 sind Abfälle, die aus Massivholz, Holzwerkstoffen oder aus Verbundstoffen mit überwiegendem Holzanteil (mehr als 50 Masseprozent) bestehen.
- (2) Altholz ist über die auf der Deponie Mansie aufgestellten Container im Bringsystem zu entsorgen, soweit es dem Landkreis nicht im Holsystem im Rahmen der Sperrmüllabfuhr überlassen wird.

§ 13 Bauabfälle

- (1) Bauabfälle im Sinne von § 6 Abs. 1 Nr. 7 sind Bauschutt, Straßenaufbruch und Erdaushub ohne schädliche Verunreinigungen sowie Baustellenabfälle und sonstige Baurestoffe.
- (2) Baustellenabfälle sind bereits am Entstehungsort soweit wie möglich in die einzelnen wiederverwertbaren Fraktionen zu trennen und geeigneten Verwertungseinrichtungen zuzuführen. Sofern dies nicht möglich ist, können die getrennt erfassten und einer Verwertung zuführbaren Fraktionen der Deponie des Landkreises zur Wiederverwertung angedient werden. Baustellenabfälle, die nicht verwertbar sind, sind der Deponie des Landkreises zur Ablagerung anzuliefern.

§ 14 Problemabfälle aus Haushaltungen

Problemabfälle im Sinne des § 6 Abs. 1 Nr. 8 sind schadstoffhaltige Abfälle aus Privathaushalten, die eine umweltschonende Abfallentsorgung erschweren oder gefährden. Dazu zählen z.B. Gifte, Laugen, Säuren, Farben, Reiniger, Polituren, teer- und ölhaltige Rückstände, Pflanzenschutzmittel und sonstige Chemikalien sowie Abfälle, die diese Stoffe enthalten. Sie sind den vom Landkreis Ammerland eingerichteten Sammeleinrichtungen zuzuführen (Bringsystem), und zwar entweder

- den eingerichteten Sammelstellen beim örtlichen Handel und Gewerbe
Oder
- der mobilen Schadstoffsammlung (3 x jährlich)
Oder
- der Sammelstelle auf der Zentraldeponie Mansie.

§ 15 Kühl- und Gefriergeräte

aufgehoben

§ 16 Kleinmengen gefährlicher Abfälle (Sonderabfallkleinmengen)

- (1) Kleinmengen gefährlicher Abfälle zur Beseitigung (Sonderabfallkleinmengen) im Sinne von § 6 Abs. 1 Nr. 10 sind bewegliche Sachen aus gewerblichen oder sonstigen wirtschaftlichen Unternehmen oder öffentlichen Einrichtungen im Sinne von § 41 Abs. 1 Satz 1 KrW/AbfG, soweit davon jährlich nicht mehr als insgesamt 2.000 kg anfallen. Die in Frage kommenden Abfallarten ergeben sich aus der Anlage zur Verordnung zur Umsetzung des Europäischen Abfallverzeichnis vom 10.12.2001 (BGBl. I. S. 3379).
- (2) Sonderabfallkleinmengen sind dem Landkreis - getrennt nach Abfallarten - durch Übergabe an den von ihm Beauftragten zu überlassen.

§ 17 Elektro- und Elektronikgeräte

- (1) Elektro- und Elektronikgeräte sind Geräte, die zu ihrem ordnungsgemäßen Betrieb

elektrische Ströme und elektromagnetische Felder benötigen, wie z. B. Haushaltsgroß- und -kleingeräte, Kühl- und Gefriergeräte, Informations- und Telekommunikationsgeräte, Geräte der Unterhaltungselektronik, elektrische und elektronische Werkzeuge, Spielzeuge, Sport- und Freizeitgeräte und Gasentladungslampen. Die Altgeräte sind einer vom übrigen Abfall getrennten Erfassung zuzuführen.

- (2) Elektro- und Elektronikgeräte von privaten Haushaltungen werden im Rahmen der Sperrmüllabfuhr gesondert abgefahren. Für die Abfuhr dieser Geräte gilt § 18 Abs. 2 (Abrufverfahren) entsprechend. Kleingeräte können bei der Sperrmüllabfuhr nach Satz 1 dazugestellt werden. Alle Geräte können auch an der Sammelstelle der Deponie Mansie angeliefert werden. Kleingeräte (bis Toastergröße) und Gasentladungslampen können auch der mobilen Schadstoffsammlung nach § 14 zugeführt werden.
- (3) Elektro- und Elektronikgeräte aus anderen Herkunftsbereichen sind ebenfalls an der Sammelstelle der Deponie Mansie anzuliefern, sofern keine anderen eingerichteten Rücknahmesysteme genutzt werden und soweit Beschaffenheit und Menge der dort anfallenden Altgeräte mit den in privaten Haushaltungen anfallenden Altgeräten vergleichbar sind. Eine Entsorgung im Rahmen der Sperrmüllabfuhr oder der mobilen Schadstoffsammlung ist insoweit nicht möglich.

§ 18 Sperrmüll

- (1) Sperrmüll im Sinne von § 6 Abs. 1 Nr. 12 sind Abfälle aus Haushaltungen, die selbst nach einer zumutbaren Zerkleinerung wegen ihrer Sperrigkeit, ihres Gewichtes oder ihrer Materialbeschaffenheit nicht in die zugelassenen Abfallbehälter passen, diese beschädigen oder das Entleeren erschweren könnten. Nicht zum Sperrmüll gehören insbesondere Gegenstände, die von Bau- und Umbrucharbeiten aus Haus und Garten herrühren.
Sperrmüll sowie Sperrmüllnormsäcke gem. § 20 Abs. 1 Nr. 7 werden auf Antrag des Abfallbesitzers abgefahren (Abrufverfahren). Der Antrag ist schriftlich per Anforderungskarte mindestens einen Monat vor dem gewünschten Termin zu stellen.
- (2) Der Landkreis legt den Abfuhrtermin fest und gibt ihn dem Abfallbesitzer mindestens drei Tage vorher bekannt. Jeder Haushalt kann maximal zwei Sperrmüllabfahrten pro Jahr beantragen. Im Rahmen der Sperrgutabfuhr werden nur haushaltsübliche Mengen abgefahren. Haushaltsauflösungen sind von der Sperrmüllabfuhr ausgeschlossen.
- (3) Sperrmüll ist soweit möglich getrennt nach Materialien bereitzustellen. Gesondert eingesammelte Abfälle (z.B. nach § 15 Abs. 1, § 17 Abs. 2) sind getrennt von den übrigen Abfällen bereitzustellen. Sperrmüll ist so zu stapeln, zu bündeln oder in sonstiger Weise zu ordnen, dass die Straße nicht verschmutzt wird und ein zügiges Verladen möglich ist.
- (4) Bei der Sperrmüllabfuhr sind von der Abfuhr grundsätzlich solche Abfälle ausgenommen, die aufgrund ihrer Größe oder ihres Gewichtes nicht von zwei Personen verladen werden können. Einzelteile dürfen ein Gewicht von 75 kg nicht überschreiten. Die Gewichtsbeschränkung gilt nicht Haushaltskoch- und -waschgeräte. Soweit Sperrmüll durch den Landkreis Ammerland nicht entsorgt werden kann, gelten §§ 3 Abs. 4 und 25 Abs. 1 dieser Satzung entsprechend.

§ 19 Sonstiger Hausmüll, hausmüllähnlicher Gewerbeabfall (Restabfall)

- (1) Sonstiger Hausmüll, und hausmüllähnlicher Gewerbeabfall im Sinne des § 6 Abs. 1 Nr. 13 sind alle sonstigen angefallenen und zu überlassenden Abfälle aus Haushaltungen und anderen Herkunftsbereichen, soweit sie nicht unter die §§ 7 bis 18 fallen oder nach § 3 Abs. 3, 5 und 6 von der Entsorgung ausgeschlossen sind (Restabfall).
- (2) Restabfall ist in den nach § 20 zugelassenen Abfallbehältern bereitzustellen.
- (3) Restabfall wird wahlweise 14-tägig oder 4-wöchentlich abgeholt. Bei den 1,1 m³-Container

veranlagten Großwohneinheiten erfolgt die Abfuhr 14-tägig. Die Entsorgung der gewerblichen Abfälle erfolgt je nach Abfallanfall wöchentlich, 14-tägig oder dreiwöchentlich.

- (4) Die Abfallbehälter sind vom Pflichtigen nach § 4 Abs. 2 am Abfuhrtag rechtzeitig so bereitzustellen, dass der Abfuhrwagen auf öffentlichen oder dem öffentlichen Verkehr dienenden privaten Straßen an die Aufstellplätze heranfahren kann und das Laden sowie der Abtransport ohne Schwierigkeiten und Zeitverlust möglich sind. Das gilt auch für landwirtschaftliche oder sonstige Einzelanwesen, die nicht unmittelbar an öffentlichen Verkehrsstraßen liegen, soweit nicht im Einzelfall eine andere Art der Entsorgung des Abfalls zugelassen ist.
Die Aufstellung muss so erfolgen, dass Fahrzeuge und Fußgänger nicht behindert oder gefährdet werden. Weisungen der Beauftragten der Gemeinden oder des Landkreises Ammerland hinsichtlich der Aufstellungsplätze sind zu befolgen. Nach der Entleerung sind die Abfallbehälter unverzüglich vom Aufstellplatz zu entfernen.
- (5) Verunreinigungen von öffentlichen Verkehrsflächen, die durch die aufgestellten Abfallbehälter oder bereitgestellte sonstige Abfälle oder Wertstoffe entstehen, sind von den Anschluss- und Benutzungspflichtigen unverzüglich zu beseitigen.
- (6) Die Abfallbehälter sind stets verschlossen zu halten. Die festen Abfallbehälter dürfen nur so gefüllt werden, dass ihre Deckel noch gut schließen und eine spätere ordnungsgemäße Entleerung möglich ist. Insbesondere ist ein Einstampfen oder Einschlämmen nicht erlaubt. Abfallsäcke sind fest zu verschließen. Entsprechende Weisungen der Beauftragten der Gemeinden oder des Landkreises Ammerland sind zu befolgen.
- (7) Können die Abfallbehälter aus einem von dem Anschluss- oder Benutzungspflichtigen zu vertretenden Grunde nicht geleert oder abgefahren werden, so erfolgt die Entleerung und Abfuhr erst am nächsten regelmäßigen Abfuhrtag.
- (8) Bei vorübergehenden Einschränkungen, Unterbrechungen, Verspätungen oder Ausfällen der Abfuhr, insbesondere infolge von Betriebsstörungen, betriebsnotwendigen Arbeiten, behördlichen Verfügungen, Verlegung des Zeitpunktes der Abfuhr oder höherer Gewalt, hat der Anschlusspflichtige keinen Anspruch auf Schadensersatz oder Entschädigung.
- (9) Die Abs. 2 bis 8 gelten für die Abfuhr der getrennt erfassten Abfälle nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 bis 12 entsprechend, soweit sich aus den §§ 7 bis 18 nichts anderes ergibt.

§ 20 Zugelassene Abfallbehälter

Zugelassene Abfallbehälter sind:

- (1)

1. Restabfallbehälter mit	60 l Füllraum
2. Restabfallbehälter mit	80 l Füllraum
3. Restabfallbehälter mit	120 l Füllraum
4. Restabfallbehälter mit	240 l Füllraum
5. Restabfallgroßbehälter mit	1.100 l Füllraum
6. Restabfallsäcke mit	50 l Füllraum
7. Sperrmüllsäcke mit	150 l Füllraum
8. Bio-Tonne mit	60 l Füllraum
9. Bio-Tonne mit	80 l Füllraum
10. Bio-Tonne mit	120 l Füllraum
11. Bio-Tonne mit	240 l Füllraum
12. Papiersäcke für Grünabfall mit	50 l Füllraum
13. Papiertonne mit oder Papiergroßbehälter für Großwohneinheiten mit	240 l Füllraum 1.100 l Füllraum

Feste Abfallbehälter im Sinne dieser Satzung sind die in Satz 1 Nr. 1 bis 5, 8 bis 11 und 13 genannten Behälter.

- (2) Die zugelassenen Abfallbehälter werden den Anschlusspflichtigen vom Abfallwirtschaftsbetrieb zur Benutzung zur Verfügung gestellt.
- (3) Bei bewohnten, bebauten oder zu Wohn- und Gewerbebezwecken (gemischt genutzten) Grundstücken muss pro Haushalt mindestens ein fester zugelassener Restabfallbehälter und eine Bio-Tonne bereitstehen, wobei die jeweilige Behältergröße frei wählbar ist. Soweit alle organischen kompostierfähigen Abfälle ordnungsgemäß im Rahmen der Eigenkompostierung verarbeitet werden, entfällt die Bereitstellung einer Bio-Tonne (§ 4 Abs. 3 gilt entsprechend).

Auf nicht zu Wohnzwecken genutzten Grundstücken (Gewerbebetriebe) muss ebenfalls ein Restabfallbehälter vorgehalten werden. Stellt sich heraus, dass das gewählte Behältervolumen an mehr als drei aufeinanderfolgenden Abfuhrterminen als nicht ausreichend anzusehen ist, kann der Landkreis das Behältervolumen oder die Anzahl der Abfuhrtermine festsetzen. Gewerbliche Betriebe, deren Abfall zur Beseitigung über dem für größere Haushaltungen angenommenen Abfallanfall liegt, sind verpflichtet, sich je nach Umfang des anfallenden Abfalls mindestens einen oder mehrere 1.100-l-Container zu beschaffen. Die Anzahl und Größe der vorzuhaltenden Behälter kann der Landkreis bestimmen.

Kompostierfähige Abfälle von gewerblich oder gärtnerisch genutzten Grundstücken sind ebenfalls über die zugelassenen Bio-Tonnen zur Abfuhr bereitzustellen, sofern eine Eigenkompostierung nicht durchgeführt wird. Ausgenommen hiervon sind Küchen- und Speiseabfälle tierischer Herkunft aus Gewerbebetrieben (Gaststätten oder sonstige Einrichtungen zur Gemeinschaftsverpflegung). Diese Abfälle sind einer geeigneten Verwertung zuzuführen und dürfen nicht über die zugelassenen Bio-Tonnen entsorgt werden. Der Landkreis gibt Auskunft über entsprechend lizenzierte Betriebe.

- (4) Eine Entsorgung von Restabfällen durch Restabfallsäcke nach Abs. 1 Nr. 6 kann vom

Landkreis auf Antrag zugelassen werden, wenn:

1. wegen nicht ausreichender Erschließung die regelmäßige Restabfallentsorgung von anschlusspflichtigen Grundstücken mit den üblichen Entsorgungsfahrzeugen nicht möglich ist, oder
2. die Aufstellung von Restabfallbehältern auf dem anschlusspflichtigen Grundstück nachweislich nicht möglich ist.

Die Nachweispflicht obliegt dem Anschlusspflichtigen. Sofern die nicht ausreichende Erschließung nach Nr. 1 für größere zusammenhängende Bereiche des Abfuhrgebietes besteht, kann der Landkreis die Benutzung von Restabfallsäcken auch anordnen.

- (5) Auf Antrag können Grundstücke mit Wochenendhäusern in Wochenendgebieten bei der Benutzung von Abfallsäcken von der halben Jahresgebühr befreit werden, wenn das Grundstück nachweislich nur zeitweise durch den Grundstückseigentümer genutzt wird.
- (6) Für mehrere benachbarte anschlusspflichtige Grundstücke können gemeinsame Behälter mit entsprechend größerer Kapazität zur Verfügung gestellt oder zugelassen werden. Das gleiche gilt für Wohngebäude mit mehreren Wohnungen.
- (7) Für die Sammlung von Restmüll, insbesondere wenn dieser vorübergehend verstärkt anfällt, dürfen neben den festen Abfallbehältern nur die unter Abs. 1 genannten Abfallsäcke verwendet werden, die bei den vom Landkreis beauftragten Verkaufsstellen käuflich zu erwerben sind. Entsprechendes gilt für Papiersäcke für Grünabfälle. Diesen Papiersäcken dürfen jedoch nur im Garten anfallende Grünabfälle zugeführt werden. Das Einfüllen von Küchenabfällen ist untersagt.

§ 21 Benutzung der Abfallbehälter

- (1) Die Abfälle müssen in die vom Anschlußpflichtigen bereitzustellenden Abfallbehälter bzw. bekanntgegebenen Depotcontainer entsprechend der Zweckbestimmung eingefüllt werden. Abfälle dürfen nicht in anderer Weise auf dem Grundstück gelagert und neben die Abfallbehälter bzw. Depotcontainer gelegt werden.
- (2) Zur Vermeidung von Lärmbelästigungen dürfen Depotcontainer für Altglas und Weißblechdosen nur montags bis samstags in der Zeit von 7.00 bis 20.00 Uhr benutzt werden. Es ist verboten, Altglas, Altpapier, Weißblechdosen oder andere Abfälle neben den Depotcontainern abzulagern oder die Depotcontainer auf andere Art zu verunreinigen.

§ 22 Modellversuche

- (1) Zur Erprobung neuer Abfallsammlungs-, -transport-, -behandlungs- oder -entsorgungsmethoden oder -systemen kann der Landkreis Modellversuche mit örtlich und zeitlich begrenzter Wirkung einführen.

§ 23 Recyclinghöfe

- (1) Vom Landkreis ist pro Gemeinde ein Recyclinghof für die Aufnahme von pflanzlichen Abfällen und Altpapier aus dem Privatbereich eingerichtet worden. Darüber hinaus wird auf den RC-Höfen Altmetall aus Privathaushalten angenommen. Die Anlieferung von pflanzlichen Abfällen soll nur dann erfolgen, wenn diese vorübergehend verstärkt anfallen.

§ 24 Anzeige-, Auskunfts- und Duldungspflicht

- (1) Der Anschlusspflichtige hat dem Landkreis/der Gemeinde für jedes anschlusspflichtige Grundstück das Vorliegen, den Umfang sowie jede Veränderung der Anschluss- und Benutzungspflicht innerhalb eines Monats schriftlich anzuzeigen. Wechselt der Grundstückseigentümer, sind sowohl der bisherige als auch der neue Eigentümer zur

Anzeige verpflichtet.

- (2) Anschluss- und Benutzungspflichtige sind dem Landkreis zur Auskunft über Art, Beschaffenheit, Menge und Herkunft des zu entsorgenden Abfalls verpflichtet und haben über alle Fragen Auskunft zu erteilen, die die Abfallentsorgung betreffen.
- (3) Der Anschlusspflichtige hat das Aufstellen der zugelassenen Abfallbehälter sowie das Betreten des Grundstückes zum Zwecke des Einsammelns und zur Überwachung der Getrennthaltung von Abfällen nach § 6 Abs. 2 und Verwertung von Abfällen nach § 4 Abs. 3 durch den Landkreis zu dulden.

§ 25 Anlieferung zu den Abfallentsorgungsanlagen

- (1) Besitzer von Abfällen nach § 3 Abs. 4 und § 18 Abs. 4 haben diese im Rahmen ihrer Verpflichtung nach § 4 selbst oder durch Beauftragte zu den vom Landkreis betriebenen oder ihm zur Verfügung stehenden Abfallentsorgungsanlagen zu bringen. Der Transport hat im geschlossenen oder gegen Verlust des Abfalls in sonstiger Weise gesicherten Fahrzeugen zu erfolgen. § 49 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz ist zu beachten.
- (2) Die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen wird durch eine Benutzungsordnung geregelt.

§ 27 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig im Sinne von § 7 Abs. 2 der Niedersächsischen Landkreisordnung handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 1. seiner Abfallentsorgungspflicht nach § 3 Abs. 7 nicht ordnungsgemäß nachkommt,
 2. dem Anschluss- und Benutzungszwang nach § 4 Abs. 1 und 2 nicht nachkommt,
 3. nicht nach § 20 Abs. 1 Satz 1 zugelassene Abfallbehälter verwendet,
 4. entgegen § 18 Abs. 1 sperrige Abfälle oder Abfälle, die die Abfallbehälter beschädigen können, in diese einfüllt,
 5. entgegen §§ 8, 9 und 10 Altglas, Altpapier und Altmetall in die zugelassenen Abfallbehälter bzw. gewerblich genutzte Großcontainer einfüllt,
 6. entgegen § 7 der getrennten Bereitstellung von organischen Abfällen nicht nachkommt und Restmüll in Bio-Tonnen oder organische Abfälle in Restmülltonnen bereitstellt,
 7. Abfallbehälter nicht in ausreichender Zahl beschafft oder bereitstellt (§ 20 Abs. 2 und 3),
 8. nicht zugelassene Abfallsäcke bereitstellt (§ 20 Abs. 7),
 9. entgegen § 21 Abs. 1 nicht die zu beschaffenden Abfallbehälter bzw. Depotcontainer benutzt,
 10. entgegen § 21 Abs. 1 Abfälle neben die Abfallbehälter bzw. Depotcontainer ablegt,
 11. entgegen § 21 Abs. 2 die Depotcontainer für Altglas und Weißblechdosen außerhalb der zugelassenen Benutzungszeiten befüllt,
 12. zugelassene Abfallbehälter nicht ordnungsgemäß bereitstellt oder füllt (§ 19 Abs. 4),
 13. durch aufgestellte Abfallbehälter, Sperrmüll, Silagefolien und Kunststofftüten entstandene Verunreinigungen von öffentlichen Verkehrsflächen nicht unverzüglich beseitigt (§ 19 Abs. 5),
 14. entgegen § 8 Abs. 2 und § 9 Abs. 2 die Depotcontainer in unzulässiger Weise benutzt oder Wertstoffe neben den Depotcontainern ablagert,
 15. entgegen § 8 Abs. 3 Altpapier in die Depotcontainer einfüllt,
 16. von der Sperrmüllabfuhr ausgenommene Abfälle bereitstellt (§ 18 Abs. 4),
 17. entgegen § 11 Abs. 1 Silagefolien und Kunststofftüten nicht in der vorgeschriebenen Form zur Abholung bereitstellt,
 18. entgegen § 15 Abs. 1 Kühl- und Gefriergeräte nicht ordnungsgemäß zur Abholung bereitstellt,
 19. entgegen § 14 schadstoffhaltige Abfälle in die zugelassenen Abfallbehälter einbringt,

- 20. entgegen § 17 Abs. 1 Elektro- und Elektronikgeräte nicht der getrennten Erfassung zuführt, sondern diese in die sonstigen zugelassenen Abfallbehälter einbringt.
 - 21. der Anzeige- und Auskunftspflicht nach § 24 nicht nachkommt,
 - 22. Abfalltransporte zu den Abfallentsorgungsanlagen entgegen § 25 Abs. 1 Satz 2 mit nicht geeigneten Fahrzeugen durchführt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 5.000,00 EURO geahndet werden.

§ 28 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung des Landkreises Ammerland über die Regelung des Anschluss- und Benutzungszwanges bei der Abfallbeseitigung vom 12.10.1989 außer Kraft.

Die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen wird durch eine Benutzungsordnung geregelt.

Westerstede, den 05.07.2007

Landkreis Ammerland

Bensberg
Landrat

Bestandteil dieser Satzung sind die Anlagen 1 und 2, die eine Aufstellung über die absolut ausgeschlossenen Abfälle (Anlage 1) und die auflösend bedingt ausgeschlossenen Abfälle (Anlage 2) enthalten.

Das Niedersächsische Umweltministerium hat mit Erlass vom 04.04.2007, Az.: 38-62823/4/1, dem Ausschluss der Abfälle aus der Entsorgungspflicht gem. § 15 (3) KrW-/AbfG zugestimmt.